

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4.20 RM., monatlich 1.50 RM.
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Goldbezug: Monatlich
 1.50 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 3.— RM., für das übrige Ausland
 4.50 RM. monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.
 Nachbestellungen nehmen an. Dänemark,
 Holland, Preussen, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragene in die
 Verzeichnisse der Reichs- und Landes-
 Verwaltungen.
 Erscheinung täglich.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97.

Donnerstag, den 27. Dezember 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97.

Deutsche Antwort auf Russlands Vorschläge

Die Verhandlungsgrundlage gegeben.

Drest-Litowsk, 25. Dezember. In der Sitzung vom 22. d. M. hatte die russische Delegation erklärt, sie gehe von dem klar ausgesprochenen Willen der Völker Russlands aus, möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen, gerechten, für alle in gleicher Weise annehmbaren Friedens zu erreichen. Unter der Berufung auf die Beschlüsse des allrussischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatendeputierten und des allrussischen Bauernkongresses wies die russische Delegation darauf hin, daß sie die Fortsetzung des Krieges nicht zu dem Zweck, um Annexionen zu erreichen, für ein Verbrechen halte, und daß sie daher feierlich ihren Entschluß kundgibt, unterzögelt die Bedingungen eines Friedens zu unterschreiben, der diesen Krieg auf der Grundlage der aufgeführten, ausnahmslos für alle Völker in gleicher Weise gerechten Bedingungen beende.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, hatte die russische Delegation vorgeschlagen, den Friedensverhandlungen folgende sechs Punkte zugrunde zu legen:

1. Es wird keine gewaltsame Vereinigung von Gebieten gestattet, die während des Krieges in Besitz genommen sind. Die Truppen, die dieses Gebiet besetzt halten, werden in kürzester Frist zurückgezogen.
2. Es wird in vollem Umfang die politische Selbständigkeit der Völker wiederhergestellt, die ihre Selbständigkeit in diesem Kriege verloren haben.
3. Den nationalen Gruppen, die vor dem Kriege politisch nicht selbständig waren, wird die Möglichkeit gewährleistet, die Frage der Zugehörigkeit zu dem einen oder dem anderen Staat oder ihrer staatlichen Selbständigkeit durch Referendum zu entscheiden. Dieses Referendum muß in der Weise veranstaltet werden, daß volle Unabhängigkeit bei der Stimmenabgabe für die ganze Bevölkerung des betreffenden Gebietes einschließlich der Auswanderer und Flüchtlinge gewährleistet ist.
4. In bezug auf Gebiete gemischter Nationalität wird das Recht der Minderheit durch ein besonderes Gesetz geschützt, das ihr die Selbständigkeit der nationalen Kultur und — falls dies praktisch durchführbar — autonome Verwaltung gibt.
5. Keines der kriegsführenden Länder ist verpflichtet, einem anderen Lande sogenannte „Kriegskosten“ zu zahlen; bereits erhobene Kontributionen sind zurückzugeben. Was den Ersatz der Verluste von Privatpersonen infolge des Krieges anbelangt, so werden sie aus einem besonderen Fonds beglichen, zu dem die kriegsführenden proportional beitragen.
6. Koloniale Fragen werden unter Beachtung der unter 1 bis 4 dargelegten Grundsätze entschieden.

In Ergänzung dieser Punkte schlug die russische Delegation den verdrängten Parteien vor, jede Art verbotlicher Bekämpfung der Freiheit schwacher Nationen durch starke als unzulässig zu bezeichnen, z. B. durch wirtschaftlichen Boykott, wirtschaftliche Vorherrschaft des einen Landes über das andere auf Grund aufzwingender Handelsverträge, durch Sonderzollverträge, die die Freiheit des Handels dritter Länder beschränken, durch Seeblockade, die nicht unmittelbare Kriegsziele verfolgt usw. In der heute unter dem Vorsitz des bevollmächtigten Vertreters Oesterreich-Ungarns, Grafen Czernin, abgehaltenen Plenarsitzung gab dieser namens der Delegation des Vierbundes folgende Erklärung ab, mit welcher die vorstehenden Ausführungen der russischen Delegation beantwortet wurden:

„Die Delegationen der verbündeten Mächte gehen von dem klar ausgesprochenen Willen ihrer Regierungen und ihrer Völker aus, möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen gerechten Friedens zu erreichen.“

Die Delegationen der Verbündeten sind in Uebereinstimmung mit dem wiederholt kundgegebenen Standpunkte ihrer Regierungen der Ansicht, daß die Beifügung des russischen Vorschlags eine diskutierbare Grundlage für einen solchen Frieden bilden können.

Die Delegationen des Vierbundes sind mit einem sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebietsveränderungen und ohne Kriegentschädigungen einverstanden. Wenn die russische Delegation die Fortsetzung des Krieges nur zu Eroberungszwecken beurteilt, so schließen sich die Delegationen der Verbündeten dieser Auffassung an. Die Staatsmänner der verbündeten Regierungen haben wiederholt in programmatischen Erklärungen betont, die Verbündeten würden, um Eroberungen, zu machen, den Krieg nicht um einen Tag verlängern. An diesem Standpunkt haben die Regierungen der Verbündeten stets unbekannt festgehalten. Sie erklären feierlich ihren Entschluß, unverzüglich einen Frieden zu unterschreiben, der diesen Krieg auf Grundlage der vorstehenden, ausnahmslos für alle kriegsführenden Mächte in gleicher Weise gerechten Bedingungen beendet.

Es muß aber ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur ge-

nauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müssen, wenn die Voraussetzungen der russischen Darlegung erfüllt sein sollten.

Denn es würde nicht angehen, daß die jetzt mit Rußland verhandelnden Mächte des Vierbundes sich einseitig auf diese Bedingungen festlegen, ohne die Gewähr dafür zu besitzen, daß Rußlands Bundesgenossen diese Bedingungen ehrlich und rückhaltlos auch dem Vierbunde gegenüber anerkennen und durchführen.

Dieses vorausgeschickt, ist zu den von der russischen Delegation als Verhandlungsgrundlagen vorgeschlagenen sechs Punkten das Nachfolgende zu bemerken:

Zu 1:
 Eine gewaltsame Aneignung von Gebieten, die während des Krieges besetzt worden sind, liegt nicht in den Absichten der verbündeten Regierungen. Ueber die Truppen in den besetzten Gebieten wird im Friedensvertrag Bestimmung getroffen, soweit nicht über die Zurückziehung an einigen Stellen vorher Einigkeit erzielt wird.

Zu 2:
 Es liegt nicht in der Absicht der Verbündeten, eines der Völker, die in diesem Kriege ihre politische Selbständigkeit verloren haben, dieser Selbständigkeit zu berauben.

Zu 3:
 Die Frage der staatlichen Zugehörigkeit nationaler Gruppen, die keine staatliche Selbständigkeit besitzen, kann nach dem Standpunkt der Vierbündemächte nicht zwischenstaatlich geregelt werden. Sie ist im gegebenen Falle von jedem Staat mit seinen Völkern selbständig auf verfassungsmäßigem Wege zu lösen.

Zu 4:
 Dergleichen bildet nach Erklärungen von Staatsmännern des Vierbundes der Schutz des Rechts der Minoritäten einen wesentlichen Bestandteil des verfassungsmäßigen Selbstbestimmungsrechts der Völker. Auch die Regierungen der Verbündeten verschaffen diesem Grundsatz, soweit er praktisch durchführbar erscheint, überall Geltung.

Zu 5:
 Die verbündeten Mächte haben mehrfach die Möglichkeit betont, daß nicht nur auf den Ersatz der Kriegskosten, sondern auch auf den Ersatz der Kriegsschäden wechselseitig verzichtet werden könnte. Hiernach würden von jeder kriegsführenden Macht nur die Aufwendungen für ihre in Kriegsgefangenschaft geratenen Angehörigen, sowie die im eigenen Gebiet durch völkerrechtswidrige Gewaltakte des Zivilangehörigen des Gegners zugefügten Schäden zu ersetzen sein.

Die von der russischen Regierung vorgeschlagene Schaffung eines besonderen Fonds für diese Zwecke könnte erst dann zur Ermöglichung gestellt werden, wenn die anderen Kriegführenden innerhalb einer angemessenen Frist sich den Friedensverhandlungen anschließen.

Zu 6:
 Von den vier verbündeten Mächten verfügt nur Deutschland über Kolonien. Seitens der deutschen Delegation wird hierzu, in voller Uebereinstimmung mit den russischen Vorschlägen, folgendes erklärt:

Die Rückgabe der während des Krieges gewaltsam in Besitz genommenen Kolonialgebiete ist ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Forderungen, von denen unter keinen Umständen abgegangen werden kann. Ebenso entspricht die russische Forderung der allseitigen Räumung solcher vom Feinde besetzten Gebiete den deutschen Absichten.

Bei der Natur der deutschen Kolonialgebiete scheint, von den früher erörterten grundsätzlichen Erwägungen abgesehen, die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts in den von der russischen Delegation vorgeschlagenen Formen zurzeit nicht durchführbar. Der Umstand, daß in den deutschen Kolonien die Eingeborenen trotz der größten Beschwerden und trotz der geringen Aussichten eines Kampfes gegen den um das Vielfache überlegenen, über unbeschränkten überseeischen Nachschub verfügenden Gegner in Rat und Tat treu zu ihren deutschen Freunden gehalten haben, ist ein Beweis ihrer Anhänglichkeit und ihres Entschlusses, unter allen Umständen bei Deutschland zu bleiben, ein Beweis, der an Ernst und Gewicht jede mögliche Willensänderung durch Abstimmung weit übertrifft.

Die von der russischen Delegation im Anschluß an die eben erörterten sechs Punkte vorgeschlagenen Grundsätze für den wirtschaftlichen Verkehr zwischen den verbündeten Mächten, welche von jeder für die Ausschließung jedweder wirtschaftlichen Vergewaltigung eingetreten sind, und die in der Wiederherstellung eines geordneten und den Interessen aller Beteiligten volle Rechnung tra-

genden Wirtschaftsverkehrs eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Anbahnung und den Ausbau freundschaftlicher Beziehungen zwischen den derzeit kriegsführenden Mächten erblicken.“

Anknüpfend an diese Erklärungen führt hierauf Graf Czernin aus:

„Auf Grund dieser sieben entwickelten Prinzipien sind wir bereit, mit allen unseren Gegnern in Verhandlungen zu treten. Um aber nicht unnötig Zeit zu verlieren, sind die Verbündeten bereit, sofort in die Beratung derjenigen Spezialpunkte einzutreten, deren Durcharbeitung sowohl für die russische Regierung als für die Verbündeten auf alle Fälle notwendig erscheinen wird.“

In Erweiterung hierauf erklärte der Führer der russischen Delegation, diese Konstatierung mit Genugtuung, daß die Antwort der Delegationen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei die Prinzipien eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Annexionen aufgenommen habe. Sie erkenne die enorme Bedeutung dieses Fortschrittes auf dem Wege zum allgemeinen Frieden an, müsse jedoch bemerken, daß die Antwort eine wesentliche Beschränkung in Punkt 3 enthalte. Die russische Delegation konstatierte weiter mit Befriedigung die in der Erklärung der Vierbündemächte zu Punkt 5 enthaltene Anerkennung des Prinzips „ohne Kontributionen“. Sie macht jedoch hinsichtlich der Entschädigung für den Unterhalt von Kriegsgefangenen Vorbehalt. Ferner erklärte die russische Delegation, sie lege Gewicht darauf, daß Privatpersonen, die unter Kriegsalaktionen gelitten haben, aus einem internationalen Fonds entschädigt werden. Die russische Delegation erkennt an, daß die Räumung der vom Gegner besetzten deutschen Kolonien den von ihr entwickelten Grundsätzen entspreche. Sie schlägt vor, die Frage, ob das Prinzip der freien Willensübertragung der Bevölkerung auf die Kolonien anwendbar sei, besonderen Kommissionen vorgeschalten.

Abschließend erklärte der Führer der russischen Delegation, diese sei trotz der erwähnten Meinungsverschiedenheiten der Ansicht, daß die in der Antwort der Mächte des Vierbundes enthaltene offene Erklärung, keine aggressiven Absichten zu hegen, die tatsächliche Möglichkeit biete, sofort zu Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden unter allen kriegsführenden Staaten zu schreiten.

Mit Rücksicht hierauf schloß die russische Delegation eine schwebende Unterbrechung der Verhandlungen vor, beginnend heute abend und endigend am 4. Januar 1918, damit die Völker, deren Regierungen sich den hier geführten Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden noch nicht angeschlossen haben, die Möglichkeit geboten wird, sich mit den jetzt aufgestellten Prinzipien eines solchen Friedens bekannt zu machen. Nach Ablauf dieser Frist müssen die Verhandlungen unter allen Umständen fortgesetzt werden.

Der Vorsitzende, Graf Czernin, ersuchte hierauf die russische Delegation, diese ihre Antwort schriftlich zu überreichen und schlug vor, sofort in die Verhandlung jener speziellen Punkte einzutreten, welche für alle Fälle zwischen der russischen Regierung und den Regierungen der verbündeten Mächte geregelt werden müßten.

Der Führer der russischen Delegation schloß sich dem Vorschlage des Vorsitzenden an und sprach seine Bereitwilligkeit aus, sogleich in die Besprechung jener Einzelheiten einzutreten, die auch für den Fall allgemeiner Friedensverhandlungen den Gegenstand spezieller Erörterungen zwischen Rußland und den vier Verbündeten zu bilden hätten.

Auf Antrag des Staatssekretärs von Kühlmann wurde einstimmig beschlossen, zur Vermeidung jeglichen Zeitverlustes und in Würdigung der Wichtigkeit der zu erfüllenden Aufgabe diese Verhandlungen schon morgen vormittag zu beginnen.

Deutsch-russischer Gefangenenaustausch.

Berlin, 26. Dezember. Heute abend begibt sich unter der Leitung des Gesandten Graf Wedach die im Jussch zum deutsch-russischen Waffenstillstandsvertrag vom 15. Dezember vorgesehene Kommission nach Petersburg, die die Regelung des Austauschs von Zivilgefangenen und dienstantigen Kriegsgefangenen in Angriff nehmen und Maßnahmen zur Wiederherstellung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern innerhalb der durch den Waffenstillstand gezogenen Grenzen treffen soll.

Wiederherstellung des Verkehrs.

Drest-Litowsk, 26. Dezember. Entsprechend der gestern getroffenen Vereinbarung fanden heute zwischen den Vertretern Deutschlands und Oesterreich-Ungarns einerseits, Rußlands andererseits Beratungen statt, die im wesentlichen die Wiederherstellung des Verkehrs zwischen den genannten Mächten betrafen. Die Beratungen werden fortgesetzt.

Die Friedensmöglichkeit.

In den alldeutschen Stimmen zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk macht sich mehr und mehr ein unerträgliches Ton des Uebermuts breit, der nicht nur ethisch verwerflich — über Ethik mit alldeutschen Machtpolitikern zu reden erübrigt sich —, sondern vor allem politisch dumm und äußerst gefährlich ist. Immer wieder spitzt sich der alldeutsche Rodomont in Siegeregeste und höhnt über das geschlagene Rußland, das winselnd um Frieden bitte, dem man nun ja nicht zu leichte Bedingungen stellen werde. Als ein Beispiel für hundert andere zitieren wir die Worte, mit denen der Vorsitzende der westfälischen Landwirtschaftskammer, Freiherr von Bedebur-Crollage, in deren Eröffnungsrede sprach:

Wir hören zum ersten Male seit 3 1/2 Jahren ernstlich, wirklich und offiziell das Wort: „Frieden“. Nicht in dem Sinne schwächlicher Friedensangebote, die doch bisher nur immer Kriegverlängernd gewirkt und im Auslande den falschen Glauben befestigt haben, Deutschland sei am Ende seiner Kraft, nicht in dem Sinne der vielumstrittenen deutschen Friedenspolitik der sogenannten Mehrheitsparteien. Nein, im Gegenteil, es handelt sich hier um die Friedensbitte eines unserer stärksten und größten Feinde, um die Friedensbitte des geschlagenen und besiegten Rußland, das zusammengebrochen ist unter der Schärfe unseres Schwertes. Das ist wie ein Vorkriegsnot nach langer, dunkler, blutiger Zeit; es ist wirklich das erste Leuchten des Tages, der uns den wirklichen Frieden bringen soll und — wie wir hoffen dürfen — auch der Beginn eines deutschen Friedens.

Vergleichen wir damit die von der russischen Delegation in Brest-Litowsk vorgeschlagenen 6 Punkte, die wir als Rechte Nachsicht unserer Weihnachtsnummer veröffentlichten. Ist das die bedingungslose Friedensbitte des Zusammengebrochenen? — Es ist nichts als eine nähere Ausführung der demokratischen Friedensformel des Friedens ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die russische Regierung begibt sich freiwillig der Worthauschlei der westlichen Entente, der Lloyd George, Clemenceau und Sonnino, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit den Lippen verherrlichen, die es aber praktisch nur so weit gelten lassen, als es den Gegnern Nachteil, ihnen selber Vorteil bringt, nicht aber umgekehrt. Im Gegensatz zu diesen Scheulernen der Demokratie will die ehrlich demokratische russische Regierung die demokratische Friedensformel im gegebenen Falle auch gegen sich selber gelten lassen, aber sie verlangt von ihren Gegnern das gleiche. Nicht nur wir verzichten — sagt die russische Regierung — auf Annexionen und Kontributionen, auch ihr müßt ihr verzichten, nicht nur wir gewähren Selbstbestimmungsrecht, auch ihr müßt es gewähren — ganz gleich wie es ausfällt.

Das ist sicher nicht die Sprache des Zusammengebrochenen, der Frieden um jeden Preis sucht. Es ist ein Bluff — werden die alldeutschen Deutepolitiker einwenden —, ähnlich wie Jules Favre 1870 noch bis zum letzten Moment schwor: „Keinen Stein von unseren Festungen...“ Aber es ist kein Bluff, weil es keiner sein kann.

Denn in dem Augenblick, wo Deutschland auf das demokratische Friedensangebot der maximalistischen Regierung mit Eroberungsplänen antwortete, hänge es gar nicht mehr von dieser ab, was Rußland alsdann täte. Die maximalistische Regierung in Rußland steht und fällt mit der Möglichkeit, einen Frieden im Sinne ihrer Formel zu schließen. Ist es nicht möglich, weil Deutschland unerträgliche Forderungen stellt, so sind ihre Lage gefährlich. Und man mag die Schwierigkeiten der Regierung, die noch ihr kommt, noch so hoch einschätzen: so viel Kraft wird jede russische Regierung besitzen, um dauernd ein starkes deutsch-österreichisches Heer an die Ostfront zu fesseln, d. h. die Kriegslage wie bisher noch auf Jahre hinaus in der Schwebelage zu halten.

Es ist daher schon ein Gebot einfacher politischer Vernunft für die deutsche Regierung, daß sie gar nicht erst den Versuch macht, nach alldeutschem Rezept dem „Besiegten“ den Fuß auf den Nacken zu setzen, wobei sich dann sofort zeigen würde, daß der „Besiegte“ keineswegs so besiegt ist, um das einfach hinzunehmen zu müssen. Das alldeutsche Rezept läuft darauf hinaus, aus großmännlichster Verblendung den Krieg noch weiter um Jahre zu verlängern. Die deutsche Regierung wird vielmehr ernstlich zu prüfen haben, ob bei Wahrung der Lebensinteressen unseres Volkes ein Weiterverhandeln auf der Grundlage der russischen Programmpunkte möglich ist.

Dies ist möglich. Das russische Friedensprogramm ist allerdings so theoretisch und abstrakt gehalten, daß eine Anzahl konkreter Streiffragen dadurch nicht ohne weiteres entschieden werden. Aber andererseits sind seine grundlegenden Prinzipien dieselben, zu denen die Mehrheit des deutschen Volkes und auch die deutsche Regierung sich öffentlich bekannt haben.

Die deutsche Regierung hat sich in ihrer Antwort auf die russischen Vorschläge erlöserweise mit einer Bestimmtheit und Klarheit wie noch niemals zu dem Prinzip des Friedens ohne Annexionen und Kontributionen bekannt. Die Anerkennung der bolschewistischen Unterhändler widerlegt jeden Zweifel an der Unzweifelhaftigkeit ihrer Erklärung. Noch einmal ist das Friedensstor für alle weit aufgetan...!

Ein Vorstoß der englischen Friedenspartei.

Unterhausdebatte vom 18. Dezember.

Am 18. Dezember hielt der Minister des Auswärtigen, Balfour, in Beantwortung von Anfragen, die Collins und Bonjouby gestellt hatten, eine Rede, über die wir, wie die übrige deutsche Presse, nach Reuters am 21. Dezember berichteten. Die inwischen in der Schweiz entdeckten englischen Blätter vom 18. Dezember lassen erkennen, daß der offiziöse Reutersbericht der Welt das Wesentliche verheimlichte. Er brachte wohl die Rede Balfours ausführlich, gab aber nichts davon bekannt, daß sich die Debatte zu einem Massenvorstoß der Friedenspartei gestaltete. Liberale wie Unionisten übten an der Kriegspolitik der Regierung die schärfste Kritik. Die Bedeutung dieser Auseinandersetzungen wird am besten durch die Tatsache selbst gekennzeichnet, daß die englische Regierung nicht den Mut hatte, sie der Auslandspresse telegraphisch zu übermitteln. Es scheint, daß sie von ihnen eine Katastro-

Auflebende Gefechtsstätigkeit bei Cambrai. — Lebhafter Feuerkampf zwischen Asiago und Brenta. — Ueber 9000 Gefangene vom Col del Rosso.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 25. Dezember 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der flandrischen Front, am La Bassée-Kanal und südwestlich von Cambrai lebte die Gefechtsstätigkeit vorübergehend auf. In beiden Seiten der Maas, am Hartmannsweilerkopf und im Thanner-Tal war das Feuer zu einzelnen Tagesstunden gesteigert.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Italienische Front.

Lebhafter Feuerkampf hielt tagüber zwischen Asiago und der Brenta an. Feindliche Gegenangriffe gegen die neu gewonnenen Stellungen und ein Vorstoß am Monte Vertica wurden abgewiesen.

Die Gefangenenzahl aus den Kämpfen um den Col del Rosso ist auf über 9000, darunter 270 Offiziere, gestiegen.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, den 25. Dezember 1917, abends. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 25. Dezember. Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Feindliche Gegenangriffe gegen unsere neuen Stellungen zwischen Asiago und der Brenta wurden erfolgreich abgewiesen. Die Zahl der Gefangenen seit dem 23. hat sich auf über 9000 Mann, darunter 270 Offiziere, erhöht. In den Kämpfen am 23. und 24. haben sich das Infanterie-Regiment Nr. 22 (Sini), das Infanterie-Regiment Nr. 27 (Graz), Teile der Infanterie-Regimenter 12 (Romano), 51 (Rohozbar), 84 (Wien), 102 (Beneschau), das Jäger-Bataillon Nr. 20

phale Wirkung auf die Verbündeten befürchtet hat.

Ganz besondere Beachtung verdient die Rede Sir Walter Runcimans, der in den ersten Kriegsjahren dem Kabinett Asquith angehört hat. Die gleichzeitige Anfrage der „Westminster Gazette“, des Organs von Asquith und Grey, an die deutsche Regierung, die uns ein Berner Privattelegramm übermittelt, gewinnt dadurch besondere Bedeutung.

Man kann, wenn man sich vorsichtig ausdrücken will, sagen, daß die Aussichten, in absehbarer Zeit zu einem allgemeinen Frieden zu gelangen, durch die rasch vor sich gehende Umlagerung der politischen Verhältnisse in England, gebessert erscheinen. Hält man Runcimans Rede mit dem Artikel der „Westminster Gazette“ zusammen, so gewinnt man den Eindruck, daß eine Lloyd George etwa nachfolgende Regierung Asquith-Grey-Lansdowne-Runciman bereit wäre, Frieden zu schließen, wenn die Befreiung Nordfrankreichs und Belgiens gesichert ist. Damit wären dann die Grundlagen für einen allgemeinen Frieden im Sinne der Reichstagsentscheidung vom 19. Juli gegeben.

Von der deutschen Regierung muß gefordert werden, daß sie alle sich ergebenden Gelegenheiten fördert und ausnützt, um so bald wie möglich zu einem allgemeinen Frieden zu gelangen.

Bern, 24. Dezember. In der Unterhausdebatte vom 18. Dezember erklärte Bonjouby, im Lande herrsche wachsende Unzufriedenheit. Die Presse, die größtenteils der Regierung gefällig sei, bringe nicht die wahren Ansichten des Volkes zum Ausdruck. Das Grundübel der gegenwärtigen ernsten Lage liege in der Leitung der britischen Diplomatie, die England einem bodenlosen Abgrund zuzutreiben scheine. Im Lichte der neuerlichen Enthüllungen müsse man fragen, wofür man kämpfe. Der Redner wies darauf hin, daß England nicht Konstantinopel wegen in den Krieg eintrat, und daß die territorialen Abmachungen bezüglich Persiens und die Versprechungen an Italien den wiederholten Erklärungen, daß man die Rechte der kleinen Nationen verteidige und keine Reiche zerstören wolle, widersprächen.

Der Brief Lansdownes habe ungeheuren Eindruck gemacht, man habe vergeblich auf eine neue Erklärung der Kriegsziele durch die Regierung gewartet. Er erkläre der Regierung: Ihr habt die ursprünglichen selbstlosen Beweggründe, für die dieses Land in den Krieg ging, preisgegeben und an ihre Stelle die niedrige Begierde nach Raub und Bestrafung und die schamlose Gier nach Gewinn sowie das unmaßgebende Verlangen nach imperialistischer Expansion und Herrschaft gesetzt, und zwar ohne die Zustimmung des Volkes, hinter dem Rücken des Volkes, in aller Heimlichkeit, während ihr fortwährend falsche, betrügerische Erklärungen abgabt.

Nach der Rede Balfours sagte der Liberale Wedgwood, England müsse notwendigerweise das Mindestmaß seiner Kriegsziele anfündigen und danach im vollständigen Einvernehmen mit dem Präsidenten Wilson und den Alliierten mit zusammengebrochenen Bahnen kämpfen, bis man sie durchgesetzt habe. Man wolle nicht veränderliche Kriegsziele, man wolle Gerechtigkeit und werde sich nicht mit weniger begnügen.

Der Liberale Wilson betonte, der Brief Lansdownes finde im Lande, selbst in der Armee erhebliche mehr Beifall, als gewöhnlich angenommen werde. Wenn die Regierung keine endgültige Erklärung über ihre Kriegsziele abgebe, könne er, der die Regierung zwölf Monate unterstützt habe, nicht länger das Vertrauen fassen, daß das Kriegskabinett diejenigen Männer umfasse, die imstande seien, der gegenwärtigen Lage in diplomatischer Hinsicht gerecht zu werden. Zweifelslos müsse in einem Krieg, wie dem gegenwärtigen, ein Punkt erreicht werden, wo die Gegner fühlten, daß durch eine Fortsetzung nichts gewonnen werde.

Der Unionist Lord Cavendish Ventnor sagte, die Nation sei zweifellos sehr hinsichtlich der höheren Kriegsziele, aber das Volk beginne den Verdacht, daß man ihm zumute, dafür zu kämpfen, daß die Welt ein sicherer Platz für die Plutokratie werde. Die Abnahme der Kriegsbegeisterung beruhe auf dem Verdacht, daß der Kampf nicht um hohe Ideale gehe, sondern damit die

(Graz), das Sturm-Bataillon Nr. 11 und die Hochgebirgs-Kompagnie Nr. 22 besonders ausgezeichnet.

Der Chef des Generalstabes.

Geringe Kampfstätigkeit im Westen. — Italienische Gegenangriffe auf den Col del Rosso blutig gecheitert.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 26. Dezember 1917. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Artilleriestätigkeit blieb auf Störungsfeuer beschränkt, das südlich von Hyern, bei Rocures und Marceling vorübergehend an Stärke zunahm.

Erkundungsvorstöße französischer Abteilungen südlich von Juvin-court scheiterten in unserem Feuer und im Nahkampf. Das seit einigen Tagen auf dem Ostufer der Maas gesteigerte Feuer ließ gestern nach.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Nach starker Artilleriewirkung führte der Feind heftige Gegenangriffe gegen den Col del Rosso und die westlich und östlich benachbarten Höhen. Sie scheiterten unter schweren Verlusten.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, den 26. Dezember 1917, abends. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 26. Dezember. Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Neuerlich versuchte der Italiener in hartnäckigen Kämpfen die ihm am 23. d. M. zwischen Asiago und der Brenta errienen Höhen zurückzugewinnen. Sämtliche Angriffe wurden erfolglos abgewiesen.

Der Chef des Generalstabes.

Kapitäne der Industrie und die Großkaufleute bei Friedensschluß gewisse Monopole besäßen.

Generalmajor Croft äußerte die Ansicht, daß die Kriegsziele in einem Punkte der Klarheit bedürften, nämlich hinsichtlich der zunehmenden Verwendung der wirtschaftlichen Waffe. Man solle Deutschland erklären, daß es für jeden Monat, den es diesen schrecklichen Krieg, den es verschuldet habe, fortsetze, je ein Jahr nach Friedensschluß von den Rohstoffmärkten der Alliierten ausgeschlossen würde.

Der Liberale Ramsdell betonte, daß, falls die Regierung nicht deutlich erkläre, daß sie die Entscheidung über die Zukunft der deutschen Kolonien der Friedenskonferenz überlasse, die Kriegsziele Englands nicht nur den Feinden, sondern auch den Alliierten verdächtig werden würden. Er sei der Ansicht, daß man annehmen dürfe, daß sich die Mentalität des deutschen Volkes seit 1914 bis zu einem gewissen Grade geändert habe, und daß man ihm bei der Friedenskonferenz werden trauen dürfe.

Der Liberale Noel Buxton wies auf Carsons unerantwortliche Forderung nach dem Linzen Rheinufer hin und sagte, diese Forderung sowie die Forderung der wirtschaftlichen Entzweiung des deutschen Volkes und der Aufstellung Oesterreichs ständen im Gegensatz zu der Politik Amerikas und bedürften lediglich die Einigkeit in Deutschland. Der Redner betonte, daß die öffentliche Meinung sich in der Richtung auf Wiederherstellung des Friedens bewege.

Der Liberale Clough bemerkte, wenn England am Ende des Krieges alle deutschen Kolonien erobert, aber Belgien nicht befreit habe, werde es die eigene Seele verloren haben.

Der Radikale Prinale führte aus: Nach der Veröffentlichung der Geheimverträge und der Erklärung Carsons, daß das Ziel der Alliierten sei, die Deutschen bis zum Rhein zurückzutreiben, habe die Welt den Eindruck, daß die Kriegsziele der Alliierten mit den in den Geheimverträgen angegebenen übereinstimmten. Es sei daher äußerst wichtig, daß die Regierung jene Erklärung ausdrücklich zurückweise. Je länger der Krieg dauere,

desto größer werde der Einfluß Amerikas

und entsprechend geringer der Einfluß Englands beim Friedensschluß werde. Obwohl man vom liberalen Standpunkte dazu nur gratulieren könnte, müsse er das vom nationalen Standpunkte aus bedauern. Man habe die britischen Interessen zu berücksichtigen, und er frage, ob dieselben durch eine unbegrenzte Fortdauer des Krieges gefördert würden. Vielleicht werde England Deutschland erdrücken, aber es werde dann selbst erschöpft sein.

Der Liberale Holt führte aus: Es sei sinnlos, zu sagen, daß man den Sieg wolle, wenn man nicht angebe, unter welchen Umständen man den Sieg als ertungen ansehe. Man wünsche streng bei den ursprünglichen Zielen zu bleiben, dementwegen man in den Krieg eingetreten sei, und in Verbindung mit der Idee der Völkerverträge strebe man nach einem Frieden, der jeder Nation gäbe, was ihr nach Gerechtigkeit zukomme.

Der Liberale Morell verteidigte sich dagegen, daß jeder, der nicht der Regierung zustimme, von dem Wunsche, dem Feinde beizustehen, befreit sei.

Der Liberale Trevelyan sagte, die Regierung möge sich nicht der irrigen Auffassung hingeben, daß die Art, wie die Presse den Brief Lansdownes behandelt habe, im geringsten Maß die Gefühle des Landes wiedergäbe. Der Brief habe beim Volke ein tiefes Echo gefunden. Trotzdem habe sich Lloyd George in seiner letzten Rede sowohl zu dem Briefe Lansdownes als zu der Rede Asquiths sowie zu dem Standpunkte der Arbeiterpartei im Gegensatz gesetzt.

Der Liberale Macourby erklärte, vor einem entscheidenden Siege über Deutschland bestähe keine Aussicht auf einen befriedigenden Frieden, aber ein militärischer Sieg allein werde die Sicherheit, die man erstrebe, nicht bringen. Das Volk wünsche zu wissen, was die Regierung zur Herbeiführung der Sicherheit noch dem Kriege zu tun gedenke.

Runciman wies darauf hin, daß nicht nur die Deutschen, sondern auch die Alliierten genau auf die Äußerungen der Vertreter der englischen Regierung sowie der englischen öffentlichen Meinung lauschten. Seines Erachtens könne nichts größeren Schaden anrichten, als wenn man den Franzosen sage, daß England ebenso entschlossen sei, den Krieg bis zur Wiedererlan-

gung Elfaß-Vorbringen fortzusetzen, als es
nischlossen sei, zu kämpfen, bis die Deutschen
aus Belgien und Nordfrankreich vertrieben
seien. Die beiden Ziele stünden nicht auf demselben Blatt, und
es hiesse die Franzosen täuschen, wenn man sie das Gegenteil
glauben mache. Ebenso behauerlich würde es sein, bei den
Italienern den Eindruck hervorzurufen, daß England gewillt
sei, sie dabei zu unterstützen, die Feststellung Deter-
reichs zu betreiben, nur damit sie einige ihrer auschweifen-
den Kriegsziele erreichten. In Zukunft werde man not-
wendigerweise mehr von den amerikanischen Ideen hinsichtlich der
Kriegsziele beherrscht werden. Hinsichtlich der wirtschaftlichen
Waffen sei zu betonen, daß diese Waffen unnütz sei, wenn man
Deutschland erkläre, daß man, gleichgültig was passiere, die
Schadade fortsetzen werde.

Englische Anfrage an die Deutsche Regierung.

Ernährung der Munitionsarbeiter.

Bern, 25. Dezember. (Sig. Drahtbericht des „Vorwärts“)
Die „Westminster Gazette“ vom 18. Dezember bespricht die
Antwort Hertlings an Lord George und sagt bezüglich Hertlings
Aussage, der Weg nach Belien sei klar, folgendes: Die
Erwägungen, die Deutschlands Friedensvorschlüge bisher immer be-
geleiteten, waren deutlich genug, die Friedensvorschlüge selbst hin-
gegen verschleierte. Was wir indirekterweise über den Inhalt der
Angebote hörten, war niemals ermutigend. Das liberale Blatt
weist auf Gerards Veröffentlichungen über das Dezemberangebot
hin und sagt, andere Erklärungen von dem, was Deutschland
unter einem Verständigungsfrieden vermesse, seien nicht vernommen
worden. Die „Westminster Gazette“ anerkennt, daß es ein
wichtiger Zeitpunkt gewesen sei, da der Reichstag seine Reso-
lution für den Frieden ohne Annexionen annahm. Die deutsche
Regierung hätte jene Resolution jedoch niemals offen und ehrlich
entgegen genommen. „Wir fragen daher jetzt Kühnmann und Hert-
ling, ob sie einen gerechten Verständigungsfrieden so auffassen, wie
ihn Reichmann Gerard gegenüber erklärt hat. Wir sind einig mit
Hertling, daß diese Probleme durch gegenseitige Verleumdungen
nicht gelöst werden können, aber eine Annäherung ist unmöglich,
solange die deutschen Führer in der Kriegslinie das Recht er-
heben, sich selbst als Sieger darzustellen. Wenn Deutschland den
Frieden wünscht, soll es seine Vorschläge deutlich bekanntgeben.“

Bern, 25. Dezember. (B. Z. V.) Nach englischen Blättern hat
eine vom Reichsausschuß in Woolwich ein-
berufene Waffenversammlung am 20. Dezember folgende Ent-
scheidung angenommen: Die der Arbeiterunion angehörenden
Arbeiter- und Maschinenarbeiter erlauben die Regierung, die Lebens-
mittelbestände des Landes zu übernehmen und gleichmäßig unter das Volk zu verteilen. Sie
weisen die Regierung nachdrücklich darauf hin, daß die Lage sehr
ernst ist, und daß es den Munitionsarbeitern unmöglich ist, bei der
jetzigen Art der Lebensmittelverteilung ihre Arbeit zu tun.“

Weihnachtsansprache des Papstes.

Der Papst hielt am ersten Weihnachtstage eine An-
sprache an das Kardinalskollegium, in der er sagte:

Wir fühlen wie Paulus einen scharfen Schmerz, weil unsere
auf die Verführung der Mächte gerichteten Bemühungen vergeblich
gewesen sind, und weil wir die von uns an die Führer der kriegs-
führenden Völker gerichtete Einladung haben

ins Meer fallen

sehen. Von Tribünen mit größerer Autorität hätte man einige der
hauptächlichsten Grundfragen einer Vereinbarung verhandelt, die ge-
eignet waren, die allgemeine Verständigung zu entwickeln. Die
hätten sie einfach angenommen, um die Haupter der kriegführenden
Staaten einzuladen, sie zum Gegenstand besonderer Prüfung zu
machen, zu dem Zweck, möglichst bald dahin zu gelangen, die Sehnsucht
zu erfüllen, die im Herzengrund der ganzen Welt ruht. Uns
trübt der Gedanke, daß unserer Aufforderung zum Frieden, die
nicht nur auf unmittelbare Wirkungen abgestellt
hatte, vielleicht verglichen werden kann mit dem Samen Korn, von
dem der göttliche Reifer und leidet, daß „das Samen Korn nur
treibt, wenn es durch die Wärme der Erde geprengt worden ist“.

Beim Anblick der Anstrengungen blühender Nationen, die in
den Wahnsinn wechselseitiger Zerstörungsvorhaben verfallen sind, und
in der Sorge vor dem Selbstmord Europas fragten wir uns mit
Trauer:

„Dann denn und wie wird dieses furchtbare Trauerspiel
enden?“

So wie die Ausdehnung einer ragenlose Städte in ein Meer von
Feuer warf, so hat in unseren Tagen die Gottlosigkeit des öffent-
lichen Lebens die Welt in ein Meer von Blut getaucht. Aber über den
Finsternissen, welche die Erde umhüllen, leuchtet das
Licht des Glaubens noch hoch und ruhig. Aber der Friede, verkündet
durch die Engel von Betlehem, will weder Paz, noch Rache, noch
Habsucht, noch Blutbad. Das ist die Stimme der Milde und der
Vergebung.

Ueber die Eroberung Jerusalems durch
die Engländer sagte der Papst: „Der Jahrhunderte alte
Wunsch unserer Ahnen ist erfüllt worden. Das
heilige und verehrte Land, in dem das Blut vergossen
wurde, durch das wir erlöst sind, ist von neuem dem christ-
lichen Glauben wiedergegeben worden. Jerusalem richtet an
Gott einen Hymnus der Dankbarkeit und der Liebe.“

Revolutionäre Konzentrations- regierung.

Moskau in Belagerungszustand. — Verhandlungen mit
der Ukraine.

Petersburg, 24. Dezember. (Melbung der Petersburger
Telegraphenagentur.) Zwischen dem Ausschuh der Volkskom-
missare und dem Zentralausschuß der Linksevolutionäre
ist eine Einigung über die Bildung der Regierung
zustande gekommen. Die Linksevolutionäre erhalten sieben
Plätze. Kommissar für Ackerbau wird Kolesaew, für Justiz Schein-
berg, für Selbstverwaltung Tretuowski, für die Verwaltung des
republikanischen Palast Jomailowitsch. Außerdem stellen die Link-
sevolutionäre drei Minister ohne Portefeuille.

Petersburg, 25. Dezember. (Melbung der Petersburger
Telegraphenagentur.) Der Belagerungszustand wurde über
Moskau verhängt zur Bekämpfung der Gegenrevolu-
tionäre.

Die russische Regierung setzt alle Interessenten und besonders
die fremden Banken im Ausland davon in Kenntnis, daß
diejenigen der russischen diplomatischen und konsulari-

sehen Vertreter, wie der der Konsularagenten, welche die An-
erkennung der Regierung der Volkskommissare verweigert haben,
abberufen worden sind. Demgemäß werden die Banken auf-
gefordert, davon Abstand zu nehmen, ihnen Geld-
mittel zur Verfügung zu stellen oder ihnen Kredite zu
eröffnen. Alle durch die genannten Personen eingegangenen Ver-
pflichtungen werden durch die russische Regierung als null und
nichtig angesehen werden.

Petersburg, 25. Dezember. (Melbung der Petersburger Tele-
graphenagentur.) Die Konferenz der Vorkriegsgelehrten hat
15 Delegierte nach Kiew entsandt, um den Konflikt
zwischen der ukrainischen Rada und dem Rat der Volkskommissare
beizulegen. Der Zentralausschuß der Linksevolutionäre
hat gleichfalls einen Delegierten entsandt.

(Nach einer Melbung der „Times“ hat die bolsche-
wistische Regierung den Petersburger Kommandanten
Anozow als Unterhändler nach Kiew geschickt.)

Kornilow.

Petersburg, 24. Dezember. (Melbung der Petersburger Tele-
graphen-Agentur.) Die Abteilung Kornilow, die sich aus
Todesbataillonen zusammensetzt, im ganzen 6000 Mann mit 200
Maschinengewehren, wurde vollständig geschlagen und
durch Matrosen der Baltisch-Weerflotte, der Schwarz-Weerflotte
und die polnische Legion 100 Werst weit im Gouvernement Charkoff
verfolgt. Unsere Verluste betragen 19 Tote und 92 Verwundete.

Skandinavische Friedenskundgebungen.

Kopenhagen, 24. Dezember. Die hiesige Sozialdemo-
krate hielt gestern eine stark besuchte Volksversammlung
ab, bei der mehrere Redner Friedensansprüche stellten.
Schließlich wurde eine Entschließung angenommen, in der die Zu-
stimmung zur dänischen Neutralitätspolitik und zu den Friedens-
bestrebungen der dänischen Sozialdemokratie sowie den russi-
schen Genossen der Dank für ihre Arbeit zugunsten des
Friedens ausgesprochen wird. Die Leitung der dänischen Sozial-
demokratie wird aufgefordert, die Friedensarbeit fortzusetzen.

Diese Volksversammlung ist das erste Glied in einer Reihe
von Friedenskundgebungen, die für die nächste Zeit
in ganz Skandinavien geplant sind.

Die Weihnachtsschlacht bei Asiago.

Italienischer Generalsbericht vom 25. Dezember. Auf der Hoch-
fläche von Asiago dauerte die Schlacht den ganzen heiligen Tag
über mit blutiger Erbitterung an. Die verminderte ihre Festig-
keit erst bei Einbruch der Nacht. Den von unseren Truppen einige
Stunden vor Tagesanbruch trotz der Schwierigkeiten des Geländes
und der sehr widrigen Witterung unternommenen Gegenangriffen
gelang es, den Feind zum Stehen zu bringen und den
Kampf in die Stellungen zurückzutragen, die wir tagsüber geräumt
hatten. Der Gegner verteidigte das eroberte Gelände mit großer
Hartnäckigkeit, indem er uns Gegenangriff auf Gegenangriff ent-
gegenwarf und vor seiner Stellung ein furchtbares Feuer sehr
zahlreicher Batterien konzentrierte. Im Laufe der Wechselschlacht
dieses erbitterten Kampfes wurden einige Batterien und
zahlreiche Maschinengewehre, die in den eingebrochenen Linien hatten
gelassen werden müssen, dem Feinde wieder abgenommen. Eine
feindliche Kolonne, die sich vom Bergtopf auf die Höhen westlich von
Malga Colalunga vorwärtsbewegte, wurde durch unser Feuer ver-
nichtet. Einem Detachement gelang es, dem Feinde den Gipfel
des Monte Val Bella zu entreißen und ihn einige Zeit
zu halten, während andere Abteilungen die Abhänge des Col
del Rosso wieder erüigten und mit dem Feinde ein heftiges Hand-
gemenge unterhalb des Berggipfels durchführten. Während dieser
Kämpfe beschossen Hunderte unserer Geschütze aller Kaliber ohne
Unterbrechung die feindlichen Truppen, indem sie Ansammlungen
hinter den feindlichen Linien zerstörten und das Herandrängen von
Verstärkungen anhielten. Wir machten einige Gefangene.
General Diaz.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 26. Dezember. Ähnlich. Im Mittelmeer sind wieder
zahlreiche Dampfer und Segler den Angriffen unserer Untersee-
boote zum Opfer gefallen. Der Raumbesatz der versenkten Schiffe
beträgt mindestens

38 000 Brutto-Register-Tonnen.

Unter ihnen befand sich der bewaffnete englische Dampfer „Berwind
Law“ (4680 Tonnen), ein aus starker Eisierung herausgeschossener
großer Torpedodampfer sowie ein bewaffneter griechischer Dampfer.
Einer der versenkten Segler hatte 700 Tonnen Phosphat für
Italien als Ladung.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Helfferich über das wirtschaftliche Friedens- programm.

Schwert und seidene Schnur.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ vom 25. Dezember ver-
öffentlicht eine Unterredung seines Berliner Vertreters mit
dem Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich.

Der Vertreter fragte: „Die Zeitungen wollen
wissen, daß Ihnen die Zusammenfassung der
wirtschaftlichen Fragen, die mit den Friedens-
verhandlungen in Zusammenhang stehen, über-
tragen worden ist. Treffen diese Nachrichten zu?“

Dr. Helfferich antwortete: „Zunächst, der Reichskanzler
hat mich beauftragt, die vorbereitenden Arbeiten der
einzelnen Ressorts für den wirtschaftlichen Teil der Friedensver-
handlungen einheitlich zusammenzufassen. Ich habe die Aufgabe
in voller Erkenntnis ihrer Bedeutung und ihrer Schwierigkeit über-
nommen.“

In der sehr langen Unterredung sprach sich Herr Helfferich
dann in allgemeinen Redensarten für den engeren wirt-
schaftlichen Zusammenhluß mit Oesterreich und gegen den
Wirtschaftskrieg aus. Unter anderem sagte er:

„Je geringer die Aussicht geworden ist, uns militärisch zu
überwältigen, desto mehr bedarf die Entente des Trostes durch die
Anrufung ihrer angeblichen wirtschaftlichen Überlegenheit. Wir
werden uns nicht einschüchtern lassen. — Wir müßten noch dümmere
sein, als uns unsere Feinde offenbar halten, wenn wir uns gedul-
dig und blind die seidene Schnur des Wirtschaftskrieges beim
Friedensschluß um den Hals legen lassen wollten. Je mehr die
Feinde sich jetzt schon auf die seidene Schnur zugute tun, desto un-
erträglicher müssen wir ihnen mit dem Schwert auch die
seidene Schnur entwenden. — Wir haben entweder Krieg
oder wir haben Frieden. Aber wir werden nicht zulassen, daß
unsere Feinde unter dem Schein des Friedensschlusses ein für sie
ungünstig gewordenen Kampffeld mit einem glücklicheren vertauschen.
Ich habe schon im Dezember 1913 einmal im Reichstag gesagt:
„Wir Deutschen können es betragen, ärmer zu werden; wir
bleiben doch, was wir sind. Ein verarmtes England aber heißt
finis Britanniae.“ Das sollte ich auch heute noch aufrecht. Die

enormen finanziellen Opfer des Krieges treffen auch uns schwer,
aber sie treffen das britische Weltreich an einem Lebensnerv. Und
die Schiffe? — Vor dem Krieg vereinigte Großbritannien unter
seiner Flagge nahezu die Hälfte der Welt-Tonnage. Unsere
H-Boote und die Schiffsbauten der Amerikaner und Japaner
sorgen gründlich für eine Verringerung in dieser zweiten Voraus-
setzung der britischen Welt Herrschaft. — Und schließlich das
Prestige? — England hat seit Jahrhunderten jeden Krieg ge-
wonnen; das gab ihm mit dem Ruf der über allen Zweifel er-
habenen Überlegenheit den Zusammenhalt mit seinen überseeischen
Gliedern und die Anziehungskraft für die Neutralsen. Aus diesem
Krieg wird England nicht als Sieger hervorgehen, und das
rührt an den dritten Lebensnerv. — Rein geschäftlich war Eng-
lands Prestige verlor in dem Vertrauen auf seine unbedingte
Zuverlässigkeit in allen Dingen, die auf Treu und Glauben stehen.
Hier hat England selbst die Art an die Wurzeln seiner Kraft gelegt.
Nach all den schamlosen Verletzungen privater Rechte und privaten
Eigentums, nach all den Beschlagnahmen, Konfiskatio-
nen, Liquidationen und Verschleuderungen — wo
ist da das Wort „Sicherheit wie in der Bank von England?“ Wer wird
künftig England seine Waren, seine Wertpapiere, sein Geld noch
anvertrauen wollen?“

Uns will scheinen, daß Herr Helfferich das Schwert
seiner Rede nur darum so heftig geschwungen hat, weil er
zeigen wollte, daß er trotz der seidenen Schnur, die man ihm
geschickt hat, noch immer am Leben ist. Die Groß-
sprechereien, die er sich geleistet hat, wären eine un-
begreifliche Taktlosigkeit, wenn sie nicht eben
echter Helfferich wären. Schließlich ist natürlich nichts
dagegen einzuwenden, daß der Reichskanzler einen verabschie-
deten Staatssekretär mit unverantwortlichen Vorarbeiten zu
seinen eigenen verantwortlichen Regierungssachen betraut —
es hätte eben nur nicht Helfferich sein dürfen. Jeder andere
an Helfferichs Stelle hätte sich auf seine vier Buchstaben
gesetzt und im Stillen fleißig gearbeitet. Herr Helfferich
muß sich aber sofort einen Journalisten kommen lassen, um
der Welt triumphierend zu verkünden, daß er wieder oben-
auf ist. Herr Helfferich muß — als verabschiedeter
Staatssekretär! — Erklärungen von offiziellem Miß-
trauen loslassen, die die Politik des Reiches binden oder wenig-
stens zu binden scheinen.

Uns war schon längst bekannt, daß Helfferich mit den
wirtschaftlichen Friedensvorarbeiten beschäftigt ist, und wir
sahen nichts dagegen einzuwenden. Durch die neuere Takt-
losigkeit dieses Herrn, der sich noch immer als Führer Deutsch-
lands aufspielt, erscheint seine heimliche Wiederberufung nach
seiner vom Reichstag geforderten und durchgesetzten Ent-
lassung beinahe schon als eine Illoyalität. Diese Illoyalität fällt
subjektiv nur Herrn Helfferich zu, belastet aber
objektiv auch das Konto der Regierung.

Graf Hertling muß bei der nächsten Gelegenheit im
Reichstag gefragt werden, ob Herr Helfferich von ihm zu
seinen Schwächen beauftragt ist und ob er für sie die
Verantwortung übernimmt.

Zeitungsverbote.

Die alldeutsche „Deutsche Zeitung“ ist wegen eines Artikels des
Rechtsanwalts Claß für drei Tage verboten worden. „Ruhig“
sie verboten werden? Eine freundliche Anfrage an die alldeutsche
konservative Presse, die jüngst berichtete, daß der „Vorwärts“ wegen
unverantwortlicher Heereserlässe verboten werden „musste“! An
diesem Schandspiel hat sich auch die Leipziger Schwester der „Deu-
tschen Zeitung“, die „Neuesten Nachrichten“, lebhaft beteiligt. Die
„Leipziger Volkszeitung“ bemerkt dazu: „Wärrer, die ein Zeitungs-
verbot nachsichtigen, sind wohl nur in Deutschland möglich.“

Die sozialdemokratische „Westfälische Allgemeine Volkszeitung“
in Dortmund wurde vom stellv. Generalkommando des 7. Armeekorps
in Münster auf 8 Tage — vom 24. bis 31. Dezember — ver-
boten. Unser Parteiblatt hatte an dem Verbot des kommandierenden
Generals, die Beschlüsse des Genossen Siegfried „Die Sozial-
demokratie für die Feldgrauen“ an Soldaten ins Feld zu senden,
Kritik geübt. Und weil diese Kritik nicht der Zensur vorgelegt
worden ist, wurde das Verbot verhängt. Der Reichstag hat zwar
Kesselschloß, und der Reichskanzler hat es auch versprochen, daß
Zeitungsverbote im höchsten Maße auf drei Tage ausgedehnt werden
dürfen. Das Generalkommando in Münster fühlte sich dadurch
aber nicht gebunden, es handelte ganz nach eigenem Ermessen.

Erst nachträglich ist nunmehr das Verbot der Zeitung auf die
Zeit vom 27. bis 31. Dezember eingeschränkt worden.

Kleine Kriegsnachrichten.

Parlamentverlängerung in Frankreich. Die Kammer nahm
einen Gesetzentwurf an, welcher die Vollmachten der Sena-
toren, die im Jahre 1918 ablaufen, und die der Kammer-
mitglieder verlängert und die Departements- und Gemeindevor-
wahlen hinauschiebt.

Am Mazedonien. Dem holländisch-skandinavischen
Komitee ist wegen eines Manifestes, worin die Teilung Mazedo-
niens gefordert wird, ein Protest zugegangen.

Bomben auf Serbien. (Melbung der Niederländischen Tele-
graphen-Agentur.) Am 22. Dezember, abends 10 Uhr 45 Minuten,
wurden auf Goez fünf Bomben abgeworfen, mehrere Häuser
wurden beschädigt und ein Mann schwer verletzt.

Oesterreichischer Sozialminister. Zum Minister für soziale
Fürsorge ist Professor Dr. Mataja ernannt worden.

Letzte Nachrichten.

Friedenskundgebung der französischen Gewerkschaften.

Germont Ferrand, 26. Dezember. (Cavadmelbung.) Die
Tagung des Allgemeinen Arbeiterbundes (C. G. P.) hat eine
Entschließung mit 161 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen
gegen die Geheimdiplomatie angenommen. In ihr
wird verlangt, daß die Nation Kenntnis erhalte von den Bedin-
gungen, unter denen ein allgemein gerechter und dauerhafter
Friede geschlossen werden könne. Die Entschließung bemerkt:
Die Friedensformeln Wilsons und der russischen
Revolution sind auch diejenigen der französischen
Arbeiterklasse: keine Annexionen, Selbstbestimmungsrecht
der Völker, Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Unantast-
barkeit der besetzten Gebiete, Ersatz der Schäden, keine Kriegsen-
schädigung, kein Wirtschaftskrieg nach Einstellung der Feindselig-
keiten, Freiheit der Meeresengen und der Meere, Schiedsgerichte
für internationale Meinungsverschiedenheiten und Bildung einer
Gesellschaft der Nationen. Die Entschließung fordert, daß die Ar-
beiterklassen von den kriegführenden Regierungen die Veröffentli-
chung der Friedensbedingungen erlange, wie es die russische
Revolution gefordert hat, und wodurch allein ein Sonderfrieden
verhindert werden könne. Am Schluß wird baldiger Zusammen-
tritt einer Konferenz der Arbeiterklassen aller Länder gefordert.

